Nummer 362

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: i. V. Arnold Seglitz. Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Bentzer. sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen. Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Sonnabend, 4. August 1928

Frankreich will sich Rechte im Saargebiet sichern!

Hintergründe der Darlehnsgeschäfte mit der Regierungs-Kommission.

Mtb Saarbrücken, 4. August.

Soeben werden Absichten der französischen Regierung im Saargebiet bekannt, die, wenn sie sich bewahrheiten sollten, geeignet sind, größtes Aufsehen zu erregen. Bekanntlich hat die französische Regierung der Regierungskommission des Saargebiets zur Erbauung von Zollbahnhöfen und zur Errichtung der Eisenbahn-Zoll-Wohnbauten einen Kredit von insgesamt 75 Mill. Francs gewährt. Von diesem Kredit sind zur Zeit ungefähr 66 Mill. Francs in Anspruch genommen. Zur Sicherheit für dieses Darlehen hat die französische Regierung, wie wir hören, verlangt, daß die Regierungskommission für zur Hälfte das Miteigentum an allen mit den obigen Mitteln erworbenen Grundstücken und den darauf errichteten Anlagen übertragen solle. Die Verhandlungen stehen bereits vor dem Abschluß. Sie werden, wie wir erfahren, zur Zeit nur dadurch aufgehalten, daß die Regierungskommission einen Weg sucht, um im Interesse der französischen Regierung die Zahlung der sehr bedeutenden Stempelsteuern, Gerichts- und Notargebühren zu umgehen.

Die Oeffentlichkeit dürfte ein erhebliches Interesse daran haben, den Inhalt dieser Verträge zu erfahren, da unter Umständen die Gefahr besteht, daß der französische Staat Rechte im Saargebiet erwirbt, deren Ausübung später auf Schwierigkeiten stoßen könnte.

Der „üble Eindruck" in Paris.

Französische Begleitmusik zur Kölner Reise Herriots.

TU Paris, 4. August.

Die Kölner Kundgebung anläßlich des Besuches des französischen Unterrichtsministers Herriot findet in Paris eine recht geteilte Aufnahme. Nur die Kartellkreise und die ihr nahestehende Presse begrüßen die Reise Herriots rückhaltlos. Der „Peuple" meint darauf hin, daß man in Frankreich die Reise nur als einen Höflichkeitsakt, in Deutschland aber als einen politischen Akt deute. Selbst wenn die Deutschen, so erklärt das Blatt, dem Besuch Herriots einen übertriebenen politischen Wert beigemessen haben, so seien die Gefühle, die sie in Köln bekundeten, nicht weniger wertvoll. Der Besuch Herriots sei ein Vorspiel zu den bereits angekündigten Verhandlungen. Es sei jedoch keineswegs zu übersehen, ob er durch einen Besuch Stresemanns in Paris erwidert werden würde.

Die Rechtspresse dagegen übt starke Kritik an der Tatsache, daß die französische Regierung überhaupt einen Minister nach Köln entsandte. Sie konstruiert dabei besondere Zusammenhänge zwischen der Gegenwart und der Zeit vor 14 Jahren. Wir beten, so schreibt der „Gaulois", Gott sei dank zur Verwischung des üblen Eindrucks, den der Besuch in Köln auslöste, das bewegende Schauspiel der Pilgerfahrt von Tausenden englischen Kriegsteilnehmern an die Gräber der Männer, die für die Verteidigung unseres Volkes fielen. Das Herz Frankreichs sei um so mehr bei ihnen, als die Deutschen es nicht versäumten, Frankreich auch in Köln daran zu erinnern, daß ihre Freundschaft von den Zugeständnissen abhängig sei, die wir ihnen machen. Es wird immer klarer, daß wir die Hereingefallenen einer Heuchelei sind, die sich hinter der Formel des Pazifismus verbirgt. Der „Figaro" schreibt unter Hinweis auf die Rede Wiannuers: „Man glaubt zu träumen. Frankreich muß also heute die Gnade der Germania erobern. Hat Frankreich die Verträge mißachtet (!), oder Geheimrüstungen (!) vorbereitet? Das hochherzige Deutschland wird den brüsken Angriff, die verwüsteten Gebiete, die Vergewaltigung Belgiens, die in Brand gesteckten Städte, die Verbrechen gegen Greise, Frauen und Kinder vergessen und nur noch an seine nahe Zukunft denken, wenn Frankreich sofort seine Rheinlandtruppen zurückzieht. Für einen französischen Minister hätte es eine schöne Antwort gegeben. Es wäre Gelegenheit gewesen, zu bekunden, daß die Völker sich nur verstehen können, wenn der Germanismus darauf verzichtet, der Geschichte eine Maske aufzusetzen."

Der „Ami du Peuple" glaubt mit Befriedigung feststellen zu dürfen, daß Herriot, der keine Befugnisse gehabt habe, die Absicht des Quai d'Orsay bekanntzugeben, sich gängend aus der Affäre gezogen habe, indem er mit ermutigenden, abstrakten und leeren Redensarten die herzliche Atmosphäre aufrechterhalten habe.

Im übrigen ist gestern Herriot von Köln nach Wiesbaden abgereist.

— Staatssekretär von Schubert wieder genesen. Staatssekretär von Schubert, der an einer leichten Nierenkolik erkrankt war, ist nunmehr wiederhergestellt. Er hatte während seines Krankseins die Geschäfte zum größten Teil vom Bett aus erledigt.

— Vortrag des deutschen Geschäftsträgers Dr. Kiep in der Harvard-Universität. Auf Einladung der Harvard-Universität sprach der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat Dr. Kiep gestern in Boston in der Harvard-Hall über das Thema: „Deutschlands Beitrag zum Schiedsgerichtsgedanken". Außer zahlreichen Studenten waren auch die Mitglieder des Lehrkörpers der Universität sowie der deutsche Generalkonsul in Boston von Tippelskirch bei dem Vortrag zugegen.

In der heutigen Ausgabe finden unsere Leser den 148. Aufsatz der

„Gedenktage des Weltkrieges"

von General der Infanterie von Kuhl:

Die Kriegslage nach dem 8. August 1918.

Wann Litauen den Krieg erwartet.

Erst im Frühjahr 1929?

Vorläufig polnische Einschüchterungsversuche.

OE Kowno, 4. August.

Von gut unterrichteter litauischer Seite wird über die litauische Auffassung zum Konflikt mit Polen erklärt:

Im Gegensatz zum Pessimismus und zu den Befürchtungen der Oppositionspresse wird an maßgebender Stellen in Kowno die Lage ruhig beurteilt. Man stellt sich an diesen Stellen den weiteren Verlauf der Dinge folgendermaßen vor: Falls die Königsberger Verhandlungen — wie nach den bisherigen Erfahrungen anzunehmen ist — keine positiven Ergebnisse zeitigen sollten, wird die Angelegenheit vor den Völkerbundsrat kommen, was zu einer Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Litauen und Polen unter Teilnahme von Völkerbundsvertretern führen würde. Erst wenn auch diese Verhandlungen erfolglos bleiben sollten, würde nach litauischer Auffassung die Lage kritisch werden. Mit der Möglichkeit „militärischer Auseinandersetzungen" glaubt man an maßgebender litauischer Stelle erst im Frühjahr 1929 rechnen zu können. Man ist der Ansicht, daß zunächst die Möglichkeiten einer friedlichen Einigung bei weitem noch nicht erschöpft seien. Was die Drohungen Polens anbetreffe, so werden sie in Kowno als Einschüchterungsmanöver aufgefaßt. Hätte Polen tatsächlich die Absicht, Litauen im gegenwärtigen Augenblick zu überfallen, so würde es nach Ansicht maßgebender litauischer Kreise diesen Angriff nicht so geräuschvoll vorbereiten.

Das Organ der litauischen Klerikalen „Rytas", das seit jeher eine prononciert sowjetfeindliche Haltung einnimmt, erklärt, daß die Sowjetunion infolge innerer Schwierigkeiten gegenwärtig eine Auseinandersetzung mit England mehr denn je fürchte und daher um Englands Gunst buhle. Aufland wäre daher nach Ansicht des Blattes bereit, „Litauens Unabhängigkeit zu verkaufen", wenn es sich damit die Gunst Englands erringen könnte.

Drei Danzig-polnische Abkommen.

Westerplatte, Port d'Attache und „gebrochene Tarife".

Mtb Danzig, 4. August.

Heute mittag sind in Danzig zwischen den Vertretern Danzigs und der Republik Polen die Urkunden betr. dreier Abmachungen ausgetauscht worden, durch die eine Reihe Danzig-polnischer Streitfragen eine vorläufige Erledigung finden.

In der Frage des polnischen Munitionshafens auf der Westerplatte an der Hafeneinfahrt ist ein vorläufiges Abkommen getroffen worden, wonach das neugebaute Hafenbassin für den freien Hafenverkehr zur Verfügung gestellt wird unter denselben Bedingungen in verkehrstechnischer, polizeilicher und zollamtlicher Hinsicht, wie das übrige Hafengebiet. Die polnische Regierung hat jedoch das Recht, eine vorübergehende Räumung eines Teils oder des ganzen Hafenbeckens für Munitionsentladungszwecke nach vorhergegangener 48stündiger, bzw. 7tägiger Kündigungsfrist zu verlangen. Außerdem regelt das Abkommen die polizeiliche Bewachung des Gebiets, in dem auch in dem nicht freigegebenen Teil oder in dem für eine Munitionsentladung benutzten Teil der Polizeipräsident oder dessen Vertreter jederzeit die Kontrolle üben können, ob die polizeilichen Vorschriften durchgeführt werden. Ebenso wird in dem Abkommen die Frage der Zollkontrolle geregelt.

In der Frage des Port d'Attache ist man trotz monatelanger Verhandlungen zu einer Einigung nicht gekommen. Der Senat der Freien Stadt hat sich daher entschlossen, die Kündigung des Abkommens vom Jahre 1921, das den Aufenthalt polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen regelt, zurückzuziehen und dieses Abkommen bis zum 1. Juli 1931 zu verlängern.

Besonders bedeutungsvoll ist das Abkommen, durch das endlich die den Danziger Wirtschaftsverkehr schwer schädigenden sogenannten „gebrochenen Tarife" abgeschafft werden. Vom 1. November 1928 an werden die polnischen Tarife auf Danziger Gebiet durchgerechnet. Gleichzeitig erklärt Danzig eine Eisenbahnverkehrsordnung, die ebenso wie die neuen polnischen Eisenbahnverkehrsbestimmungen dem Berner Abkommen entspricht. Die polnische Eisenbahndirektion ist außerdem verpflichtet, alle Tarifankündigungen in Danzig in deutscher Sprache zu veröffentlichen.

Wenn auch eine vollständige Regelung der Streitfragen nicht erreicht ist, so ist doch wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht ein Fortschritt festzustellen. Durch die Aufhebung der „gebrochenen Tarife" wird die unberechtigte Benachteiligung Danzigs gegenüber dem polnischen Hafen Gdingen beseitigt. Durch die Freigabe des Westerplatten-Bassins für Handelszwecke wird brachliegendes Hafengelände, für das Danzig große Summen aufwenden mußte, endlich zur Ausnützung freigegeben. **Trotzdem aber muß mit allem Nachdruck betont werden, daß dieses Abkommen nicht etwa so aufzufassen ist, als ob Danzig seine Ansprüche auf eine endgültige Beseitigung des polnischen Munitionslagers im Danziger Hafen aufgegeben hätte. Danzig und seine ganze Bevölkerung werden nie aufhören, dagegen zu protestieren, daß ein fremder Staat auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ein militärisches Lager unterhalten darf und Danziger Leben und Gut durch die Lagerung von Munition gefährdet.**

Zusagende deutsche Antwort an Rumänien.

TU Bukarest, 4. August.

Der deutsche Geschäftsträger Dr. Kirchholtes überreichte am Sonnabend im Ministerium des Auswärtigen die deutsche Antwort auf die rumänische Note, die die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien vorschlägt. Die deutsche Note besagt, daß eine deutsche Kommission für die Verhandlungen bereits gebildet sei und die rumänische Kommission zur Wiederaufnahme der Verhandlungen erwartet werde. Deutschland sei bereit, unter den bekannten Voraussetzungen an der rumänischen Anleihe und an der Stabilisierungsmaßnahme teilzunehmen.

Die rumänische Abordnung hält heute ihre letzten Beratungen mit den Ministern Duca und Argetoianu ab und reist Anfang nächster Woche nach Berlin.

China kommt nicht zur Ruhe.

Fengjuhsiang hat Diktaturpläne.

London, 4. August.

Mehrere hier vorliegende Berichte bestätigen die schon von uns gekennzeichnete Möglichkeit eines Wiederaufflebens des Bürgerkrieges in China. Der Pekinger Korrespondent der „Chicago Tribune" meldet: General Tschangtsungtschang hat die Zusammenziehung von 60 000 Mann an der Mukdeneisenbahn angeordnet, um die Nationalisten anzugreifen. In Mukden ist eine militärische Konferenz einberufen worden, um über den Feldzug zu beraten. Bei den Nationalisten herrscht starkes Unbehagen über die feindselige Stimmung, die in Peking und Tientsin wegen des Beschlusses, die Hauptstadt und die Regierungsämter nach Nanking zu verlegen, entstanden ist. — Der Pekinger Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet: In Nordchina herrscht große Unzufriedenheit über die neue Regierung, die eine schwere Steuerbelastung eingeführt hat, als sie unter Tschangtsolin bestand, ohne daß die Oeffentlichkeit Gelegenheit hat, die Verwendung des Geldes nachzuprüfen. Die Kwangsi-Partei unter Führung der drei Generale Litschaisun (Kanton), Litsungjen und Paitschungtschi (Hankau) erhebt, wie gemeldet wird, gegen die Führung durch Tschiangkaischek Einspruch.

Ausländische Kreise glauben, daß es binnen zwei Monaten zu einem offenen Bruche und neuen Kämpfen kommen wird, und daß wahrscheinlich Fengjuhsiang die Gelegenheit benutzen wird, einzugreifen und der neue nationalistische Diktator zu werden.

Nach einer Meldung aus Nanking hat sich General Feng dahin geäußert, daß bei der Demobilisierung der Truppen Chinas niemals die Notwendigkeit einer starken militärischen Machtvergeßen werden dürfe, um sich gegen ausländische Angriffe zu schützen. Allgemein überraschte die Einfachheit Fengs. Als er offizielle Besuche machte, saß er neben seinem Chauffeur, war wie ein einfacher Soldat schlecht gekleidet, trug einen alten Strohhut und hatte sich anscheinend seit längerer Zeit nicht mehr rasiert, so daß er vielfach nicht erkannt wurde.

Chamberlain zum Abkommen mit Nanking bereit.

Unter den gleichen Bedingungen wie Amerika.

London, 4. August.

In einer schriftlichen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage erklärte gestern Chamberlain, daß gegenwärtig Verhandlungen wegen einer Regelung des Nanking-Zwischenfalles im Gange seien. Die britische Regierung sei bereit, eine Regelung unter den gleichen Bedingungen anzunehmen, wie es schon die Vereinigten Staaten getan hätten.

Der chinesische Gesandte in Amerika, Wu, ist gestern von Amerika nach Europa abgereist, um nach Mitteilungen von Nankinger Seite mit Großbritannien und Frankreich zu verhandeln.

Botschaft des Papstes an das chinesische Volk.

TU Rom, 4. August.

Kardinalstaatssekretär Gaspary hat die apostolische Delegation in China telegraphisch angewiesen, dem chinesischen Volk folgendes bekannt zu geben: „Der Heilige Vater hat mit Aufmerksamkeit die Ereignisse in China verfolgt. Er war der erste, der China nicht nur auf der Grundlage einer völligen Gleichheit behandelt, sondern auch dem Volke seine wirkliche und besondere Sympathie gezeigt hat, indem er mit eigener Hand in Rom die ersten chinesischen Bischöfe weihte. Er freut sich über das Ende des Bürgerkrieges, dankt dem Allmächtigen und fleht um dauernden Frieden."

— Die Deutsche Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, deren Vorsitzender Reichsbankkommissar Staatsminister Dr. h. c. Saemisch ist, veranstaltet ihren diesjährigen Herbstlehrgang für höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte unter der Leitung von Professor Dr. Bernhard Harms-Kiel vom 26. August bis 15. September in Bad Reichenhall in Oberbayern. Das endgültige Programm des Lehrganges, der das soziale und politische Leben in Deutschland der Gegenwart zur Darstellung bringen will, ist bei der Geschäftsstelle Berlin W. 56, Schinkelplatz 6, einzuholen.

Reform der Reichs-Versicherungsordnung, Rationalisierung der Kranken-Versicherung!

Wie vor jeder anderen Wahl, so haben auch vor der letzten Reichstagswahl die Sozialdemokraten Ausbau der sozialen Fürsorge und zumal auch Ausbau der Sozialversicherung versprochen. Wenn sie namentlich der letzteren seit Jahrzehnten ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet haben, so taten sie das in der klaren Erkenntnis, daß sie als Partei durch das Mittel der amtlichen sozialen Versicherung leichte Gelegenheit haben, ihre Macht zu erweitern und zu befestigen. Auf dem 30. Deutschen Krankenkassentage in Magdeburg 1926 hat der von der Reichstagsfraktion der S. P. D. zur Begrüßung abgesandte Abgeordnete Dr. Moses — von der Versammlung unangefochten — die Ortskrankenkassen als die vierte Säule bezeichnet, welche neben Partei, Gewerkschaften und Konsumvereinen den Bau der deutschen international denkenden Arbeiterschaft trage. Zwar hat dann später der geschäftsführende Vorsitzende des „Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V.", als sich in der Oeffentlichkeit lebhafter Protest dagegen erhob, die Ausführungen des Dr. Moses zurückgewiesen, allerdings erst ein Jahr später anläßlich des 31. Krankenkassentages in Königsberg und in einer außerordentlich schwachen Form. Es läßt sich aber trotzdem nicht in Abrede stellen, daß die S. P. D. neben der Partei und ihrem Apparat auch die sogenannten freien Gewerkschaften, die Konsumvereine und die Krankenkassen als ihre Hauptstütze mit bewertet. Bis vor kurzem war ein erheblicher Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage sowie den Länderparlamenten durch die Krankenkassen hindurchgegangen.

Während nun Partei, Gewerkschaften und Konsumvereine im ständigen Wettbewerbe mit den gleichen Organisationen anderer Richtung im Kampfe liegen müssen, ist es gelungen, die Ortskrankenkassen allmählich aus dem Bereiche des öffentlichen Meinungsstreites herauszuziehen, so daß eigentlich, abgesehen von 1913, als die Reichsversicherungsordnung in Kraft getreten war, die Wahlen zu den Organen dieser Versicherungsträger sehr wenig Staub aufgewirbelt haben. Man muß es den meisten Vorsitzenden der Ortskrankenkassen lassen, daß sie mit größter Geschicklichkeit ihr Amt versehen haben, daß in vielen Vorständen und Ausschüssen Kämpfe zwischen der Arbeitgeber- und Versichertenseite zu den größten Seltenheiten gehören.

Die Wahlperioden sind jetzt auf fünf Jahre festgesetzt. Die freien Gewerkschaften betreiben den Wahlkampf in aller Stille, Versammlungen finden so gut wie nicht statt, Plakate werden nur im Notfalle und möglichst unauffällig angeklebt. Alles im ausgesprochenen Gegensatze zum Verhalten bei den anderen Wahlen! Unermüdlich wird dagegen in den Betrieben von Mund zu Mund gearbeitet. Die Gewerkschaften nichtsozialistischer Richtung können bei einem derartigen Aufgleiten des Wahlkampfes noch weniger aufkommen, als bei einem hitzigen und die Gemüter aufpeitschenden Wahlkampfe. Der Erfolg ist stets: Geringe Wahlbeteiligung, Anwachsen der sozialistischen, Rückgang der nichtsozialistischen Vertreter auf der Arbeitnehmerseite. Wären vielfach die Vertreter der nichtsozialistischen Richtung der Gewerkschaftsbewegung vor und bei den Wahlen für die sozialen Versicherungsträger besser auf dem Posten, sie könnten bei einigem Geschick den sozialdemokratischen Einfluß wesentlich herabdrücken und ihre eigene Gewerkschaftsbewegung stark fördern.

Doch auch auf der Arbeitgeberseite sieht es zuweilen sehr trübe aus! Die „Herren Unternehmer" wollen meistens überhaupt keinen Kampf. Um die „einheitliche Liste" nicht zu gefährden, werden Vertreter „sozialistischer Unternehmer", meist Geschäftsführer von Konsumvereinen und Verlagsleiter der sozialdemokratischen Zeitungen mit auf die Liste gesetzt. So kommen ohne jede Mühe noch weitere Sozialdemokraten in die Organe der Versicherungsträger, die bei auch nur einigermaßen geführtem Kampfe nicht hineinkommen würden. Daß diese Unternehmer natürlich bei allen grundsätzlichen Fragen mit den Vertretern ihrer Gewerkschaften auf der Versicherungsseite stimmen, ist selbstverständlich und nicht bloß der Ausfluß ihrer „sozialen Gesinnung".

Bevor nicht auf Seiten der nichtsozialistischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die volle Bedeutung unseres deutschen Sozialversicherungswesens voll erkannt worden ist, erscheint eine Besserung ausgeschlossen!

Wie geschickt die restlose Beherrschung zumal der Krankenkassen weiter gefördert werden soll, wird auch der 32. Deutsche Krankenkassentag in Breslau für den tiefer Blickenden zeigen. Der Geschäftsführer

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der Handel mit dem Osten

(Nr. 31)